Wie das Moskauer Patriarchat die ukrainische Autokephalie negiert

21.01.2020

Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) lehnt die Verleihung der Autokephalie an die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel im Januar 2019 entschieden ab. In ihrer Argumentation folgt die Moskauer Kirchenleitung dem außenpolitischen Diskurs der russischen Staatsführung, welcher die Ukraine als Aggressor gegenüber russophonen ukrainischen Staatsbürgern darstellt. In der Kongruenz der Propagandadiskurse zeigt sich die Abhängigkeit der ROK vom Kreml, die letztlich dazu führen könnte, dass auch die staatsnahe Kirche Russlands – ähnlich dem Putinregime – zunehmend in internationale Isolation gerät.

Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) lehnt die Verleihung der Autokephalie an die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel im Januar 2019 entschieden ab. In ihrer Argumentation folgt die Moskauer Kirchenleitung dem außenpolitischen Diskurs der russischen Staatsführung, welcher die Ukraine als Aggressor gegenüber russophonen ukrainischen Staatsbürgern darstellt. In der Kongruenz der Propagandadiskurse zeigt sich die Abhängigkeit der ROK vom Kreml, die letztlich dazu führen könnte, dass auch die staatsnahe Kirche Russlands – ähnlich dem Putinregime – zunehmend in internationale Isolation gerät.

von **Christine Borovkova** und **Andreas Umland**

Nach über fünf Jahren hybrider Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine erreichte der multi-dimensionale politische, wirtschaftliche, zivile, militärische und kulturelle Konflikt zwischen den beiden postsowjetischen Staaten Ende 2018 auch den religiösen Bereich.[1] Mit der offiziellen Verleihung des Tomos durch den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, der in der christlich-orthodoxen Welt einen Ehrenplatz einnimmt, vollzog sich Anfang 2019 ein grundlegender Wandel der kirchlichen Strukturen in der Ukraine. Aus Sicht Kiews, Konstantinopels sowie einiger weiterer Ostkirchen macht dieses Dokument die ukrainische Orthodoxie von Moskau kanonisch unabhängig.

Wie Kiew und Konstantinopel Moskau verärgerten

Der Tomos von Konstantinopel, der der neuen vereinigten Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) im Januar 2019 die Autokephalie gewährte, war nicht nur Ergebnis des russisch-ukrainischen Krieges seit 2014. Die Kiewer religiösen Autonomisten profitierten auch von Spannungen zwischen den Patriarchaten von Konstantinopel und Moskau, den wichtigsten Zentren der Orthodoxie weltweit. Zwischen ihnen schwelten schon länger Unstimmigkeiten, nachdem Moskau 2016 die Teilnahme am Panorthodoxen Konzil auf Kreta, das vom Ökumenischen Patriarchat organisiert und lange geplant worden war, verweigert hatte (siehe: Religion & Gesellschaft in Ost und West, Nr. 11/2016, S. 11-13).

Petro Poroschenko, ukrainischer Präsident von 2014 bis 2019, machte sich gemeinsam mit den beiden bis dahin nicht anerkannten ostchristlichen Kirchen der Ukraine – der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK–KP) und der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK) – die Verstimmung im Phanar energisch zunutze. Nach etlichen früheren erfolglosen Versuchen, gelang es ihnen Ende 2018, mit Zustimmung Konstantinopels zügig eine nationale und vereinte Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) zu gründen. Anfang 2019 reiste eine große Delegation aus Kiew nach Istanbul, wo die Heilige Synode des Ökumenischen Patriarchats einstimmig und offiziell ihre bereits zuvor getroffene Entscheidung bestätigte, der neu gegründeten OKU volle Autokephalie zu gewähren. Nach diesem Ziel hatte schon der frühere ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko (2005–2010 im Amt) jahrelang gestrebt, es jedoch trotz wiederholter Bemühungen damals nicht erreichen können.

So viel Freude, wenn nicht Begeisterung dieser historische Akt bei vielen Ukrainern – sogar solchen, die nicht der OKU, dem Christentum oder überhaupt einer Religion angehören – auslöste, so viel Frustration, ja teils Wut verursachte sie bei vielen Hierarchen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK). Deren Kirchenführung erkennt in der Ukraine nur die Kiewer Filiale ihrer eigenen Kirche als legitim an: die sogenannte Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK–MP). Im Vorfeld der Autokephalie-Verleihung an die OKU bestand die ROK

daher darauf, dass es überhaupt kein Kiewer Subjekt gebe, dem der Tomos übergeben werden könne, da die UOK –MP nicht darum gebeten hatte. Zudem beharrte Moskau darauf, dass Konstantinopel kein Recht habe, die Autokephalie auf dem „kanonischen Territorium“ der ROK zu verleihen, zu dem – laut Moskauer Patriarchat – die Ukraine gehört. Nach Ansicht der Moskauer Kirchenführung war und ist nur die UOK–MP eine kanonische lokale orthodoxe Kirche in der Ukraine und der ukrainische Zweig einer allrussischen ostchristlichen Gemeinschaft, welche aus Moskau geführt wird.

Reaktion des Moskauer Patriarchats

Vor diesem Hintergrund beschuldigte Moskau Konstantinopel, eine Spaltung der ukrainischen Orthodoxie befördert zu haben. Metropolit Ilarion (Alfejew), Leiter des Kirchlichen Außenamtes des Moskauer Patriarchats, argumentierte beispielsweise: „Wenn wir darüber sprechen, Autokephalie zu gewähren, dann an wen [?]: die kanonische [Ukrainische Orthodoxe] Kirche [des Moskauer Patriarchats] bittet nicht darum, und sie den Schismatikern zu verleihen, heißt, eine [bereits bestehende] Spaltung [in der orthodoxen Gemeinschaft der Ukraine] zu legitimieren.“[2]

Die ROK richtete eine Website mit dem Namen „Zur Verteidigung der Einheit der Russischen Orthodoxen Kirche“ (edinstvo.patriarchia.ru), auf der sie bereits seit längerem verschiedene mehr oder weniger offizielle Materialen zu ihrer Ablehnung des Strebens der ukrainischen Orthodoxie nach kanonischer Unabhängigkeit publiziert. Georgij Maksimow, ein Priester der ROK, vertrat dort die Meinung, dass die Ukrainer gar keine eigene nationale orthodoxe Kirche befürworteten, sondern dies vielmehr ein Projekt sei, das nur von religiösen und politischen Unternehmern gewünscht werde. Maksimov behauptete, dass „wir wahrscheinlich das erste Mal in der Geschichte eine erzwungene ‚Gewährung von Autokephalie‘ sehen, was viele Fragen aufwirft.“[3]

Die ROK interpretiert die Verleihung eines unabhängigen Status an die OKU lediglich als Instrument innenpolitischer Kämpfe in der Ukraine. In Maksimows Worten: „Die ‚Erlangung des Tomos’ [war] einer der Hauptpunkte der Wahlkampagne des [damals] amtierenden ukrainischen Präsidenten [Petro Poroschenko].“[4] Eine solche politische Dynamik war tatsächlich Bestandteil der öffentlichen Kampagne, die Kiews erfolgreiche Interaktion mit dem Ökumenischen Patriarchat begleitete, welche zur offiziellen Anerkennung der OKU durch Konstantinopel führte. Doch waren bereits durch orthodoxe Kiewer Hierarchen der kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik von 1918 (wenn nicht sogar noch früher) fehlgeschlagene Versuche unternommen worden, die Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat zu erreichen.

100 Jahre später beschuldigen Vertreter der ROK das Ökumenische Patriarchat, mit seiner Unterstützung der kanonischen Unabhängigkeit Kiews eine angebliche Unterdrückung orthodoxer Gläubiger durch den ukrainischen Staat zu verursachen. Der erwähnte Maksimow etwa erklärte, dass „[…] Patriarch Bartholomaios sich benimmt, als ob er nicht bemerken würde, dass seine Handlungen die staatliche Verfolgung der kanonischen Kirche der Ukraine [d.h. der UOK–MP] ausgelöst haben.“[5] In Wahrheit schränkte Kiew die Aktivitäten der UOK–MP in der Ukraine jedoch nicht ein. Das ukrainische Parlament entschied im Dezember 2018 lediglich, dass die UOK–MP sich umbenennen muss, um in ihrer offiziellen Bezeichnung deutlich zu machen, dass sie eine ausländische nationale Kirche vertritt. In einer anderen Argumentationslinie gegen die ukrainische religiöse Autonomie zeigt sich die ROK über Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine besorgt und beschuldigt westliche Organisationen Doppelstandards zu vertreten. So behauptete Metropolit Ilarion, dass „[…] die Repressionen gegen die Ukrainische Orthodoxe Kirche nicht aufhören. Westliche Menschenrechtsorganisationen versuchen das aktuelle Problem zu ignorieren, nicht weil sie nichts darüber wissen, sondern weil die aktuelle westliche politische Stimmung nicht erlaubt, dass die Ukraine ein Anti-Held ist. Der Anti-Held des Westens kann heute nur Russland sein.“[6]

Wie das Moskauer Patriarchat dem Kreml folgt

Mit derartigen Argumentationslinien wiederholt das Moskauer Patriarchat Tropen der Desinformation und Verleumdung, die in außenpolitischen Diskursen des Kremls zu finden sind. In Bezug sowohl auf religiöse als auch nicht-religiöse Angelegenheiten wird die Post-Euromajdan-Ukraine als Aggressor-Staat dargestellt, der vom heuchlerischen Westen unterstützt wird. Im Gegensatz dazu werden Russland und seine Vertreter im Ausland als Opfer grundloser Beschuldigungen und politischer Repressionen dargestellt.

Auch greift die ROK auf traditionellen russischen Anti-Amerikanismus zurück, wenn sie die ukrainische Autokephalie kommentiert. So sagte Patriarch Kirill: „Das konkrete politische Ziel ist, unter anderem von bevollmächtigten Vertretern der USA in der Ukraine sowie von Vertretern der ukrainischen Regierung selbst formuliert: Es ist notwendig, die letzte Verbindung zwischen unseren Völkern [d.h. Russen und Ukrainern] zu zerreißen, und diese Verbindung ist die spirituelle.“[7] Dieses Argument folgt einem generellen Diskurs der ROK, westliche Menschenrechte seien Schwindel. Kirill fährt fort: „Wir sollten unsere eigenen Schlussfolgerungen ziehen, unter anderem aus den Märchen, die uns [der Westen] lange Zeit aufzuzwingen versucht hat, über Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Religionsfreiheit und all diese Dinge, die bis vor kurzem als grundlegende Werte eines modernen Staats und menschlicher Beziehungen in der modernen Gesellschaft galten.“[8] Das Oberhaupt der ROK warnt daher, dass „die Ukraine ein Präzedenzfall und Beispiel dafür werden könnte, wie leicht jegliche Gesetze, jegliche Regeln und jegliche Menschenrechte beseitigt werden können, wenn es für die Mächtigen der Welt nötig ist.“[9] Kirill geht so weit, den bolschewistischen Terror gegen die ROK während der Sowjetzeit mit den postsowjetischen Bemühungen der Ukraine um eine autokephale Kirche gleichzusetzen: „Die ukrainische Situation ist eine Widerspieglung der Politik der revolutionären Behörden in der Sowjetunion, die auf die Zerstörung der Russischen Orthodoxen Kirche ausgerichtet waren.“[10]

Kampf mit harten Bandagen

Eine andere Widerstandslinie der ROK gegen die ukrainische Unabhängigkeit besteht darin, wiederholt auf die anfänglich fehlende Unterstützung anderer orthodoxer Kirchen für Kiews Autokephalie hinzuweisen. Moskau stellt sich als Vertreter der Meinung von unten und mehrheitlichen Position der orthodoxen Christen dar. Metropolit Ilarion bemerkte Anfang 2019 triumphierend: „Bis heute hat keine Lokalkirche die Gesetzlosigkeit, die von Konstantinopel ausgeführt wurde, anerkannt.“[11] Die bisher begrenzte internationale Unterstützung für die ukrainische religiöse Autonomie durch andere orthodoxe Kirchen ist jedoch ein Phänomen, das viel mit dem Einfluss der ROK selbst im Ausland zu tun hat.

Schon nachdem das Ökumenische Patriarchat im Oktober 2018 die Exkommunikation von Filaret, dem Patriarchen der UOK-KP, und Makarij, dem Metropoliten der UAOK, aufgehoben hatte, war die ROK so weit gegangen, die eucharistische Gemeinschaft mit dem Patriarchat von Konstantinopel abzubrechen (siehe: Religion & Gesellschaft in Ost und West, Nr. 11/2018, S. 9-11). Protodiakon Konstantin Markowitsch von der Theologischen Akademie in St. Petersburg verkündete gar, dass „Bartholomaios und seine Heilige Synode entsprechend der kanonischen Logik exkommuniziert und mit einem Anathema belegt werden müssen.“[12]

Die ROK behandelt die Handlungen des Ökumenischen Patriarchats als willkürlich und einen Verstoß gegen die orthodoxen Kanones. So meint Maksimow: „Orthodoxe verschiedener Länder beobachten mit Verwunderung und Schrecken, wie der Primas der verehrten Kirche [von Konstantinopel] plötzlich etwas als sein kanonisches Territorium bezeichnet, das mehr als 300 Jahre lang von allen [Orthodoxen], ohne Ausnahme, als Teil einer anderen Lokalkirche anerkannt war, und Menschen, die einhellig von allen orthodoxen Kirchen als Schismatiker betrachtet wurden, zum Bestandteil einer kanonischen Kirche ernennt, und zugleich droht, diejenigen [d.h. Moskaus Vertreter in der Ukraine] als Abtrünnige zu verurteilen, mit denen alle Lokalkirchen in Gemeinschaft stehen.“[13]

Nach Ansicht der Kirchenführung der ROK hätte das Ökumenische Patriarchat das kanonische Territorium des Moskauer Patriarchats respektieren sollen. So sagt der bereits zitierte Protodiakon Markowitsch: „Wenn Patriarch Bartholomaios tatsächlich das Schisma in der Ukraine hätte heilen wollen, hätte er die Rolle eines Friedensstifters und Mediators zwischen den Konfliktparteien übernehmen können und seinen nicht unbedeutenden Einfluss und die Autorität, die er dank seines Status als Erster Hierarch der Ökumenischen Kirche und somit Ehrenoberhaupt der Orthodoxie genießt, zur Förderung eines fruchtbaren Dialogs zwischen der Hierarchie der kanonischen ukrainischen Kirche und den Schismatikern nutzen können, der zu Versöhnung und Wiedervereinigung der Schismatiker mit der kanonischen Kirche geführt hätte.“[14]

Diese Argumentationslinie folgt einer Anschuldigung, die die ROK bereits zuvor vorgebracht hat, nämlich dass der Vorsteher des Ökumenischen Patriarchats sich benehme, als ob er eine höherrangige Kirche vertrete. So erklärt Priester Michail Ulanow: „[…] die aktuellen Ansprüche Konstantinopels sind nicht einfach Manipulationen im Bereich der Kirchenpolitik oder ein Kampf um Einflussbereiche gegen Moskau. Sie sind ein Versuch, die orthodoxe

Ekklesiologie zu revidieren.“[15]

Die ROK zwischen Religion und Politik

Der schrille Ton dieser und ähnlicher Statements der ROK illustriert ein fundamentales Dilemma des Moskauer Patriarchats. Die ROK ist – als Nationalkirche eines Staates, der in zunehmend gewalttätige regionale und geopolitische Kämpfe um Einfluss involviert ist – eine Geisel der zunehmend expansionistischen Stimmungen in Russlands politischer Elite geworden. Ob in seiner Auseinandersetzung mit Konstantinopel oder in seiner Konfrontation mit Kiew folgt das Moskauer Patriarchat der Herangehensweise des Kremls zu internationalen Organisationen sowie dem ukrainischen Staat und damit Mustern einer überkommenen Großmachtpolitik.

Bei ihrer eigenen Positionsbestimmung im russisch-ukrainischen Konflikt hätte die ROK spätestens seit dessen militärischer Eskalation 2014 allgemeinen christlichen und spezifisch orthodoxen pazifistischen Prinzipien folgen müssen. Das Moskauer Patriarchat hätte sich zur Verteidigung des Staatsterritoriums der ukrainischen Brudernation bekennen und den hybriden Krieg des Kremls gegen Kiew kritisieren können. Als vermeintlich friedliebende Kraft ostslawischer Einheit hätte das Moskauer Patriarchat die offizielle Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und inoffizielle Besetzung des östlichen ukrainischen Donezbeckens durch den russischen Staat verurteilen sollen.

Doch als de facto Abteilung der russischen Regierung folgte die ROK Putin in seinem vergeblichen Versuch, die russische Geopolitik beziehungsweise gar Struktur der Weltpolitik im frühen 21. Jahrhundert neu zu definieren. Die Art, in der Konstantinopel und Kiew auf das unsolidarische, nationalistische und imperialistische Verhalten des Kremls und der ROK reagierten, war vorhersehbar. Tatsächlich war sie unvermeidbar, nachdem deutlich wurde, dass das Moskauer Patriarchat auch nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2014 von seiner Unterstützung der irredentistischen Außenpolitik des Kremls nicht ablassen würde. Wie die angeführten Zitate andeuten, wird die ohnehin wachsende politische, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Isolation Russlands durch die schrittweise Entkoppelung seines religiösen Lebens von der slawischen und christlichen Welt in naher Zukunft weiter zunehmen.

Übersetzung aus dem Englischen: **Natalija Zenger**.

Christine Borovkova war 2018–2019 Forschungsstipendiatin am Kiewer Democracy Study Centre der Deutsch-Polnisch-Ukrainischen Gesellschaft und des Europäisch-Ukrainischen Zentrums für Jugendpolitik. Siehe: **https://gpus-web.eu/projects/dsc-2018-2019/**.

Dr. Andreas Umland ist Mitglied des Instituts für Internationale Beziehungen Prag und Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien Eichstätt sowie Herausgeber der Buchreihen „Soviet and Post-Soviet Politics and Society“ und „Ukrainian Voices“ beim ibidem-Verlag Stuttgart.

[1] Der Beitrag ist Resultat eines Projekts innerhalb des Democracy Study Centre in Kiew 2018–2019 der Deutsch-Polnisch-Ukrainischen Gesellschaft und des Europäisch-Ukrainischen Zentrums für Jugendpolitik, unterstützt vom Programm zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland (#CivilSocietyCooperation). Prof. Leonid Luks (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), Dr. Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und Internationale Studien Berlin) und Dr. George Soroka (Harvard University Cambridge, Mass.) machten zum englischen Entwurf des Artikels nützliche Anregungen, sind aber nicht für etwaige verbleibende Fehlinterpretationen verantwortlich. Der Text erschien zuerst in der Zeitschrift „Religion & Gesellschaft in Ost und West“ (Nr. 1, 2020).

[2] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5261251.html**

[3] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5381416.html**

[4] Ebd.

[5] Ebd.

[6] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5385107.html**

[7] **http://www.patriarchia.ru/db/text/5330169.html**

[8] Ebd.

[9] Ebd.

[10] Ebd.

[11] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5385107.html**

[12] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5379561.html**

[13] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5381416.html**

[14] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5379561.html**

[15] **http://edinstvo.patriarchia.ru/db/text/5381049.html**

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.